

II-2494 der Beilagen zu den Stenographischen Protokollen  
des Nationalrates XVI. Gesetzgebungsperiode

REPUBLIK ÖSTERREICH  
BUNDESMINISTERIUM  
FÜR GESUNDHEIT UND UMWELTSCHUTZ

Z1. IV-50.004/17-2/85

1010 Wien, den 9. April 1985  
Stubenring 1  
Telefon 75 00 Telex 111145 oder 111780  
Auskunft

Klappe

Durchwahl

1119 IAB

1985-04-10

zu 1145 J

B e a n t w o r t u n g

der Anfrage der Abgeordneten SCHEUCHER und  
Genossen an den Bundesminister für Gesund-  
heit und Umweltschutz betreffend Maßnahmen  
des Bundesministeriums für Gesundheit und  
Umweltschutz für die Region Voitsberg-Köflach  
(Nr. 1145/J).

In der gegenständlichen Anfrage werden folgende Fragen  
gestellt:

1. Welche Maßnahmen und Leistungen des Bundesministeriums für Gesundheit und Umweltschutz wurden für die Region Voitsberg-Köflach bisher in der XVI. Gesetzgebungsperiode bereits gesetzt?
2. Welche Maßnahmen und Leistungen des Bundesministeriums für Gesundheit und Umweltschutz sind für die Region Voitsberg-Köflach in der XVI. Gesetzgebungsperiode noch geplant, um die über dem gesamtösterreichischen Durchschnitt liegende Krebssterblichkeit zu senken?

Ich beehre mich die Anfrage wie folgt zu beantworten:

Zu 1.:

Zunächst ist hinsichtlich der in der Präambel der Anfrage erwähnten Studie von Prof.Dr. MÖSE "Untersuchung über die Krebssterblichkeit in kleineren Regionen mit unterschiedlicher Struktur und lufthygienischen Gegebenheiten" festzuhalten, daß weder die daraus abgeleiteten Aussagen wonach

- 2 -

"die Region Voitsberg-Köflach die höchsten Krebstodesraten aufweist und dies sowohl für die gesamten Krebssterbefälle als auch für den Krebs im Atemtrakt gilt" in dieser allgemeinen Form zutreffend bzw. statistisch abgesichert sind noch Aussagen über kausale Zusammenhänge auf Grund der Daten dieser Studie möglich sind; Prof. Dr. MÖSE meint selbst dazu, daß "die Ursachenfrage ..... ungemein schwierig sei.

Ungeachtet dessen, ist mir die Verbesserung der Umweltsituation in der Region Voitsberg-Köflach ein ernstes Anliegen.

Der Umweltsituation in dieser Region widmet mein Ministerium daher seit längerem erhöhtes Augenmerk. Insbesondere weise ich auf die Messungen des Österreichischen Bundesinstitutes für Gesundheitswesen hin, die vor allem die Ausbreitung der Abgase der Kraftwerke Voitsberg 1 und Voitsberg 2 untersucht hatten.

Seit 1982 sind in der Emissionssituation des Kraftwerkes Voitsberg wesentliche Änderungen eingetreten. Block 1 wurde abgerissen, Block 2 (mit einer Leistung von 65 Mio) mit einer Teilentschwefelung (Trockenadditivverfahren) ausgerüstet. Block 3 (Leistung 330 Mio) wird derzeit mit einem Trockenadditivverfahren zu ca. 50 % teilentschwefelt, soll jedoch bis zum Jahre 1986/1987 durch eine Naßentschwefelungsanlage bis ca. 90 % entschwefelt werden.

Diese Maßnahmen sind auch im Zusammenhang mit den legislativen Aktivitäten der letzten Jahre zu sehen, an denen mein Ministerium beteiligt war, so insbesondere die Erlassung der Zweiten Durchführungsverordnung zum Dampfkessелеmissions-

- 3 -

gesetz, welche die weitere Herabsetzung der Emissionen kalorischer Kraftwerke zum Gegenstand hat. Die derzeit in Ausarbeitung befindliche 3. Durchführungsverordnung zum Dampfkessелеmissionsgesetz wird eine weitere wesentliche Verschärfung der Grenzwerte für Stickoxide und Schwefeldioxid bringen.

Ebenso wurden die steuerlichen Maßnahmen zur Förderung von Umweltschutzinvestitionen verbessert. So beträgt die Investitionsprämie für Umweltschutzinvestitionen ab 1985 12 % statt bisher 8 %. Außerdem wurde die vorzeitige Abschreibung (AVA) für Umweltschutzinvestitionen von früher 60 % auf 80 % angehoben.

Zu 2.:

Ausgehend von den unter Punkt 1 erwähnten Messungen des Österreichischen Bundesinstitutes für Gesundheitswesen in den Jahren 1981/1982 habe ich im Jahre 1984 diesem Institut den Auftrag erteilt, Messungen der Ausbreitung und der Immissionsverteilung von Luftschadstoffen im Raum Voitsberg-Köflach - insbesondere im Hinblick auf die genannten Veränderungen - durchzuführen. Ein erster Zwischenbericht über die Heizperiode 1984/1985 liegt bereits vor. Diese Messungen sollen in der Heizperiode 1985/1986 fortgesetzt werden.

Als weiteren wesentlichen Fortschritt der Umweltschutzbemühungen der Bundesregierung sehe ich die Gründung des Umweltfonds an, der im Mai 1984 seine Arbeit aufnehmen konnte und bereits ca. 90 Anträge zur Förderung emissionsmindernder Investitionen positiv erledigt hat.

- 4 -

Auch aus dem Bereich Voitsberg-Köflach wurde bereits ein Antrag einer Firma bezüglich Staubemissionssenkung behandelt. Durch die Zusage einer Förderung kann eine Emissionsminderung an Kalkstaub in der Größenordnung von 2.5 t/Jahr erreicht werden.

Im Zuge der regionalen Erfassung von Schadstoffsituationen sind in Zukunft analog dem Schwerpunktsanierungsprojekt Linz auch in anderen Belastungsgebieten ähnliche Aktivitäten geplant. Dadurch werden entsprechende Betriebe auch direkt angesprochen und zu Umweltschutzmaßnahmen aktiviert.

Der Bundesminister:

